

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1208, Ruben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Konten: Sächsische Sparkasse,  
Dresden, Bank d. Arbeiter, Kunst-  
stätten u. Beamten, A.B., Dresden,  
Gebrüder Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der üblichen Unterhaltungsbeilage „Veben, Wissen, Kunst“ anderem Blatt und Zeit. monatlich 1,50 M., zu-  
w. 40 Pf. Wirtsgeld, Postgeb. 1,60 M., zwangsl. Post. u. Zu-  
schlagsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Meißnerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsleiter: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 25 281 u. 13 707,  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Normzeile 35 Pf., die  
30 mm breite Reklamzeile 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M.,  
abwärts Preisbefreiung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen u.  
Wiederholungen 20 Pf. netto. Für Briefwechsel, 10 Pf. Einzelne, 10 Pf.

Nr. 124

Dresden, Montag, den 30. Mai 1932

43. Jahrgang

## Rücktritt der Regierung Brüning

**ab. Berlin, den 30. Mai. (Fig. Drahtbericht.)** Wie wir erfahren, hat Reichskanzler Dr. Brüning dem Reichspräsidenten bei dem heute mittag angelegten Empfang den Gesamtrücktritt des Reichskabinetts überbracht. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen.

### Vor einem Rechtskabinetts Reichstagswahlen in Sicht!

D. Berlin, 30. Mai. (Fig. Drahtbericht.) Das Reichskabinetts hat heute vormittag 12 Uhr seinen Rücktritt beschlossen. Der Reichspräsident hat den Rücktritt angenommen und die gegenwärtige Regierung mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Nachmittags wird der Reichspräsident, gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten, den Reichstagspräsidenten und anschließend die Parteiführer zu Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts empfangen. Die neue Regierung dürfte ein ausgesprochen rechtsgerichtetes Kabinetts sein. In parlamentarischen Kreisen spricht man von einer Kanzlerschaft des deutschen nationalen Politikers von Gahl, dem als Innenminister der Deutschnationale von der Osten begeben werden soll. Aber welchen Ausgang die Krise auch nehmen möge, mit Reichstagswahlen in absehbarer Zeit scheint unter allen Umständen gerechnet zu werden müssen.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten bei der Rücktrittserklärung zugleich mitgeteilt, daß er nicht beabsichtige, wie es von rechtsgerichteten Kreisen erstrebt wird, dem neuen Kabinetts als Außenminister anzugehören.

### Die Treibereien vor dem Sturz

D. Berlin, 30. Mai. (Fig. Funk.) Die Aussprache, die am Sonntag nach der Rückkehr des Reichspräsidenten von seinem Pfingsturlaub zwischen Reichskanzler Brüning und Hindenburg stattfand und etwa 3/4 Stunde dauerte, hat eine Klärung nicht gebracht.

An sich war damit zu rechnen, daß die Besprechung zwischen Reichskanzler und Reichspräsident auf heute vertagt werden wird. Schon deshalb, weil die von dem Reichspräsidenten unter dem Druck militärischer und großagrarischer befreundeter Ratgeber aufgeworfenen Fragen nicht von dem Reichskanzler allein, sondern

### von dem Gesamtkabinetts geklärt

werden sollen. Aus diesem Grunde ist für heute vormittag 10 Uhr eine Kabinettsitzung angesetzt, über deren Ausgang im Augenblick mit Bestimmtheit nichts vorausgesetzt werden kann. Vielleicht trifft das Reichskabinetts zu den Wünschen des Reichspräsidenten sofort eine Entscheidung, vielleicht aber stellt es auch Rückfragen. Aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Regierung die Forderungen des Reichspräsidenten

### mit dem Gesamtrücktritt beantwortet. In diesem Falle wären baldige Reichstagswahlen die Folge.

Welcher Art die Wünsche des Reichspräsidenten an den Reichskanzler sind, ist im einzelnen nicht bekannt. Die Sonntagbesprechungen haben unter vier Augen stattgefunden. Weder der Staatssekretär des Reichspräsidenten noch der Staatssekretär der Reichskanzlei haben, wie es sonst üblich ist, an der Unterredung teilgenommen. Das legt im Fall des Staatssekretärs des Reichspräsidenten vor allem daran, daß dieser einst demokratische, inzwischen stark nach rechts abgewandene Herr Dr. Weisner es in den letzten Monaten ausgezeichnet verstanden hat, sich mehr und mehr in Gegensatz zur Regierung Brüning zu setzen und einer

### der Hauptintendanten gegen den Reichskanzler

ist. Immerhin bildeten den Hauptgegenstand der Besprechung vor allem Fragen personeller und sachlicher politischer Art. Der Reichspräsident ist offensichtlich bestrebt, unter dem Druck der bereits bezeichneten Kreise unter Verbeibaltung des Reichskanzlers Brüning, den man aus außenpolitischen Gründen zunächst noch nicht glaubt entbehren zu können,

### eine völlige Umbildung des Kabinetts vorzunehmen.

Nicht zuletzt zu diesem Zweck scheinen hinsichtlich der in Aussicht genommenen neuen Reichsordnung von Hindenburg bestimmte Abänderungswünsche vorgebracht zu werden, mit denen sich der eine oder andere bei militärischen und großagrarisches Kreisen unbeliebte Minister, wie beispielsweise Stegerwald, unter keinen Umständen wird einverstanden erklären können.

Eine weitere Frage ist die Entfernung Groeners nicht nur vom Amt des Reichswehr, sondern auch vom Amt des Reichsinnenministers. In dieser Beziehung war und ist Brüning zu einer Konzession bereit.

In einer Besprechung, die am Freitagabend zwischen ihm und Groener stattfand, hat er bereits den Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler als Nachfolger Groeners bezeichnet. Es hat jedoch den Anschein, daß dem Reichspräsidenten diese Konzeption allein nicht genügt und noch im Laufe des heutigen Tages eine ganze Reihe anderer Fragen personeller und sachlicher Art zu klären sind. Werden sie im Sinne Hindenburgs erledigt, dann scheint von der Seite des Reichspräsidenten aus das Kabinetts in seiner Gesamtheit nicht gefährdet zu sein, aber wie sich in diesem Falle

### der Reichstag

verhalten wird, bleibt vorläufig noch eine offene Frage. Eine Klärung der von Hindenburg aufgeworfenen Fragen in diesem Sinne bedeutet für die praktische Politik, sei es durch die Umbildung der Regierung Brüning oder durch bestimmte Zugaben,

### eine Aenderung des bisherigen innerpolitischen Kurses zugunsten der Rechten.

Die Meldung vom Rücktritt der Regierung Brüning kam bei Schluß der Redaktion. Der folgende Aufsatz war vorher geschrieben.

### Junker und Generale

Die Meldung vom Rücktritt der Regierung Brüning kam bei Schluß der Redaktion. Der folgende Aufsatz war vorher geschrieben.

Gestern fand die angekündigte Unterredung zwischen Hindenburg und Brüning statt. Das Ergebnis ist zunächst folgendes: Es haben sich bei der Unterredung starke Gegensätze zwischen Brüning und Hindenburg gezeigt. Es ist davon die Rede, daß Brüning die „Vertrauensfrage“ stellen werde. Ein Rücktritt der Regierung Brüning soll nicht unwahrscheinlich sein.

Daß es für die Existenz einer Reichsregierung ausschlaggebend ist, ob der Reichskanzler das Vertrauen des Reichspräsidenten genießt oder nicht, ist ein höches Zeichen dafür, wie weit wir in Deutschland schon gekommen sind, wie weit wir uns schon von dem verfassungsmäßigen Zustand entfernt haben. Nach der Verfassung hat zwar der Reichspräsident den Reichskanzler zu ernennen, aber der Reichskanzler bedarf nicht des Vertrauens des Reichspräsidenten, sondern des Vertrauens des Reichstags. Hätten wir eine entschlossene und arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag, so würde es für ein leichtes sein, ihren Willen gegenüber einem widerstrebenden Reichspräsidenten durchzusetzen. Aber weil bei den letzten Wahlen Millionen von Wählern Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus in den Reichstag sandten; weil sich immer wieder zeigt, daß der Zustrom zu Hitlers Fahnen anhält, ist der Reichstag heute schwach und auch all die Parteien, die die demokratische Verfassung der Republik gegen ihre Feinde verteidigen wollen, und nur deshalb war es möglich, daß der Reichspräsident eine so ausschlaggebende Stellung bekommen konnte.

Auf den Reichspräsidenten haben jetzt offenbar Kreise

## Odenburg - „Drittes Reich“

Eine Nazi-Mehrheit im Landtag - Rechtsparteien gewannen - alle anderen Parteien verloren

### Das Verbrechen der Splitterer

SPD. Wilhelmshaven, 30. Mai. (Fig. Funk.)

Die am Sonntag erfolgte Neuwahl des Odenburgischen Landtags hatte folgendes Ergebnis:

Sozialdemokraten 50 987 Stimmen (Mai 1931: 54 873), 9 Mandate (11).  
Zentrum 42 114 Stimmen (46 252), 7 Mandate (9).  
Kommunistische Partei 15 590 Stimmen (18 984), 2 Mandate (3).  
Staatspartei 6213 Stimmen (8515), 1 Mandat (1).  
Landvolk 5987 Stimmen (5404) 1 Mandat (1).  
Nationale Vereinigung (Volkspartei und Wirtschaftspartei) 2308 Stimmen (16 446), 0 Mandat (2).  
Nationalsozialisten 131 525 Stimmen (97 802), 24 Mandate (19).  
Deutschnationale 15 629 Stimmen (12 653), 2 Mandate (2).

Die Odenburgischen Wahlen brachten der Nazi-partei mit 24 Mandaten (gegenüber 22 aller anderen Parteien) die absolute Mehrheit. Während sie nur 34 000 Stimmen gewann und die Deutschnationalen sich behaupteten, haben alle anderen Parteien, selbst die Kommunisten, die im Bund mit den Nationalsozialisten die Auflösung des alten Landtags herbeiführten, verloren. So ist die Partei und Wirtschaftspartei sind überhaupt völlig aufgerieben. Der Ansturm der Nazis und der Deutschnationalen sowie der übrigen bürgerlichen Parteien galt insbesondere der Sozialdemokratie. Stellt man das bei der Betrachtung des Odenburgischen Wahlergebnisses in Rechnung, berücksichtigt man ferner, daß dieses Gebiet eine rein landwirtschaftliche Gegend ist, die ebenso wie andere deutsche Landesteile von großer Not betroffen ist, so darf ebendieses Beweisen festgestellt werden, daß sich die Sozialdemokratische Partei zu sehr gelagert hat. Ihr Verfall dürfte hauptsächlich auf die im Vergleich zu den

letzten Landtagswahlen festzustellende geringere Wahlbeteiligung von 80 Prozent zurückzuführen sein. In einem Teil der rein ländlichen Gebiete weist die Sozialdemokratie Stimmenzuwachs auf.

Die Sozialdemokratie hätte kaum Verluste erlitten, wenn nicht die abgesplitterte SA (Sozialistische Arbeiterpartei) in der häßlichsten Weise gegen sie aufgetreten wäre und ein verkehrtes Messer gegen sie aufgeführt hätte — alles im Namen der „Proletarischen Einheitsfront“. Die SA, nahm der SPD, 1461 Stimmen ab, doch ist durch diese wahrnehmbare Verheerung die SPD, noch um mehr, als diese 1400 Stimmen verraten, geschädigt worden. Die gewissenlosen Versplittierer haben ihren Lohn dahin, denn die 1400 Stimmen langten zu keinem Mandat, sie haben nur den Nazis genützt.

Die Nazis haben nicht die absolute Mehrheit der Stimmen, sondern nur die Mehrheit der Mandate. Das kommt daher, weil die 1461 Stimmen der SA, nicht zählten, ebenso Reststimmen der anderen Splitterparteien. Das Verbrechen der Splitterer an der sozialistischen Arbeiterschaft wird hier ins helle Licht gerückt.

Die Nazis schmettern Triumphtöne über das Land. „Odenburg ist unser. Die Volksmehrheit beurteilt Brüning. Wir werden den Staat Odenburg nun allein aufbauen.“ Da die Nazis im Landtag allein eine Mehrheit haben, werden sie das Agrarländchen Odenburg zu einem kleinen „Dritten Reich“ machen können. Sie brauchen nicht einmal die Unterstützung der Deutschnationalen, wie z. B. in Braunschweig, in Anhalt, in Mecklenburg.

Auf dieses kleine „Dritte Reich“ wird alle Welt gespannt sein . . .

Der Odenburgische Wahlkampf ist übrigens bis auf einen blutigen Vorfall, der sich am Sonnabend in Butjadingen ereignete, ruhig verlaufen. Dort hatten sich Kommunisten der Polizei entgegen. Französisch Personen wurden verletzt, darunter drei schwer.